

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

31 (30.7.1947)

Badisches VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 31 Mannheim, den 30. Juli 1947 Prei 15 Pfg.

Aus beruflichem Munde

Zur Schicksalsfrage zwischen Ost und West

Imposante Massenversammlungen und Kundgebungen mit Schöpflin, Ebert, Spiegel und Luft in Nordbaden / Machtvolles Bekenntnis zur SED

In den Städten Nordbadens, Mannheim, Karlsruhe, Heidelberg, Pforzheim, Schwetzingen, Weinheim und Mosbach, fanden unter stärkster Anteilnahme der werktätigen Bevölkerung die Versammlungen mit den früheren Sozialdemokraten und heutigen SED-Führern Schöpflin, Ebert, Luft und Spiegel statt. Die kommunistische Partei Nordbadens hatte sich verpflichtet gefühlt, aus beruflichem Munde der werktätigen Bevölkerung die Wahrheit über die Ostzone, über die SED und deren sozialistische Politik im Interesse Gesamtdeutschlands zu unterbreiten. Bei allen vier Rednern der SED handelte es sich um Genossen, die früher teilweise Jahrzehntlang an führender Stelle innerhalb der SPD für die Interessen des Sozialismus kämpften. Das war der Grund, warum auch diese Versammlungen einen außergewöhnlichen Besuch aufwiesen und so erfolgreich durchgeführt werden konnten. Welch unterschiedliches Bild boten die von der kommunistischen Partei durchgeführten Versammlungen im Vergleich zu jenen, wie sie von der sozialdemokratischen Parteileitung vor einigen Wochen in Baden gestartet worden waren, und in denen einer soch würdigen Gestalt, wie jenem Stahlhelm-Weber, die Möglichkeit der skrupellosen Hetze, gegen die Ostzone gegeben wurde. Wer die Versammlungen Schöpflins, Eberts und der anderen SED-Genossen besuchte, wurde sich klar, daß die Hetze gegen die Ostzone, gegen die KPD und SED letztlich eine Hetze gegen den Sozialismus und Deutschland überhaupt ist.

Schöpflin spricht vor 4000 in Karlsruhe

Der 78jährige Genosse Schöpflin sprach in Karlsruhe, der Stadt seines jahrzehntelangen Wirkens innerhalb der SPD, vor über 4000 Werktätigen. In Karlsruhe redigierte Genosse Schöpflin den früheren sozialdemokratischen „Volksfreund“, von dort war er in den Reichstag und Landtag als sozialdemokratischer Abgeordneter gesandt worden. Die Versammlung wies deshalb auch einen äußerst zahlreichen Besuch von Sozialdemokraten auf. „Schöpflin spricht in Karlsruhe“, das hatte eingeschlagen. Die sozialdemokratische Parteiführung in Karlsruhe sah sich angesichts dieser Sachlage gezwungen, in dieser Versammlung Stellung zu nehmen. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Dr. Dietrich erlebte eine glatte Niederlage, als er glaubte, mit Unsachlichkeit und persönlichen Verunglimpfungen dem Genossen Schöpflin entgegenzutreten und das gute Niveau der Versammlung herunterdrücken zu können. Die Versammlung — einschließlich der sozialdemokratischen Genossen — lehnte Dr. Dietrich ab. Dem 2. Vorsitzenden der SPD, Genossen Hellmann, ist zuzugestehen, daß er bei aller Kritik in seinen Ausführungen sich einer anerkennenswerten Sachlichkeit befleißigte. Er wies nach, wie die jungen Sozialisten schon vor 1933 gegen einen Teil der Vertreter der SPD gestanden hatten, weil dieser sich nicht mehr den Aufgaben, die

Zeit stellte, gewachsen zeigte. Er bekannte sich zur Einheit der Arbeiterbewegung. Der ADGB-Sekretär Nies, ein alter Sozialdemokrat, solidarisierte sich unter dem begeisterten Beifall der Versammlung mit den Ausführungen des Genossen Schöpflin und rief alle Sozialisten auf, sich die Hand zu reichen im gemeinsamen Kampf für das gemeinsame Ziel.

Machtvolles Bekenntnis zur Einheit in Mannheim

In Mannheim fand, mit dem Genossen Schöpflin als Redner, eine Kundgebung im Luisenpark hinter dem Frankenkmal statt. Ungefähr 2500 Besucher waren dem Rufe der kommunistischen Partei gefolgt. In seiner Rede erklärte Genosse Schöpflin, daß zum Wiederaufbau eine Reihe Voraussetzungen in Deutschland unerlässlich sind. Die Einheit Deutschlands ist die erste Voraussetzung, denn ohne sie sind alle Versuche vergebens, uns wieder eine Zukunft zu schaffen. Wir in der Ostzone wollen die Einheit Deutschlands, wie wir ebenso die Einheit der Arbeiterbewegung wollen. Wir denken nicht daran, einen Zentralismus aufzubauen, wo man in Berlin nur auf den Knopf zu drücken braucht. Wir brauchen die Einheit,

aber niemand will eine geiststößende SED und die Voraussetzungen ihres Zustandekommens in der Ostzone aus: Die SED ist unter schwerem Druck entstanden. Sie ist unter dem Druck der Erfahrungen der Naziherrschaft und der Opfer der Konzentrationslager entstanden. Wir Sozialdemokraten ebenso wie die Kommunisten in der Ostzone haben nicht die Fehler von 1918 wiederholt. Es stimmt, daß die Russen die Einheit gern sehen, doch gibt es auch Besatzungsbehörden, die nicht ungern sehen, wenn die Arbeiterklasse uneinig ist.

An die alten Sozialisten richtete Schöpflin den Appell, durch ihr Vorbild zu wirken. Von den Frauen forderte er, mitzuheften, ein friedliches Deutschland aufzubauen. Der Jugend stellte er die Frage: Habt ihr eine Jugend gehabt? Ihr seid nie froh gewesen! Wollt ihr, daß dieser Zustand verewigt wird? Die Kundgebung klang aus mit: „Brüder in eins nun die Hände.“

Einzelne Teile sterben, nur das Ganze kann leben

Fritz Ebert spricht in seiner Vaterstadt Heidelberg

In der gedrängtvollen Klingenturmhalle in Heidelberg sprach der Genosse Fritz Ebert. In einer eindrucksvollen Rede, unter großem Beifall der Versammelten, führte er aus: Unser Wunsch ist, Deutschland, das aus tausend Wunden blutet und unter der Herrschaft fremder Mächte steht, wieder aufzurichten und dem deutschen Volk zu helfen. Zwei Fragen stehen vor uns: Ist das deutsche Volk gewillt, sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, oder will es dies einem von „Gottes Gnade“ oder von der „Vorsehung“ Gesandten in die Hände legen? Genosse Ebert betonte, daß die vereinten Sozialisten in der Ostzone folgerichtig den Weg der völligen Vernichtung des Nazismus gehen. Demokratie ist Volksherrschaft! Die Mehrheit des Volkes bilden nicht die Großgrundbesitzer und Kapitalisten;

die Mehrheit des Volkes sind die Arbeiter, Angestellten, Bauern und Handwerker. Dieser Mehrheit, die die materiellen und kulturellen Güter schafft, gehört die Herrschaft im Staate.

In der Ostzone haben wir im Interesse des ganzen Volkes und zur Sicherung des demokratischen Aufbaus die Bodenreform durchgeführt. Wir haben nicht „entflochten“ wie im Westen, wir haben zerschlagen. Wir haben die Betriebe aufgehoben. Sollten wir, die wir nach der Zerschlagung des Hitlerreiches die Kapitalisten auf der Flucht sahen, nunmehr weiche Knie bekommen? Jede Position, die wir den Kapitalisten entreißen, verstärkt die Macht der Arbeiterklasse.

Während unserer 14tägigen Reise — so betonte Genosse Ebert — wurden wir nach allem gefragt, was

ein Goebbels und seine Konsorten uns vorgeworfen haben. Nur die Frage, ob die russischen Soldaten Kinder fressen, ist nicht aufgetaucht.

Wir Deutsche sind aufeinander angewiesen. Das Volk, das eine Sprache spricht, das durch die Geschichte zusammengewachsen ist, soll man nicht auseinanderreißen, denn die einzelnen Teile sterben und nur das Ganze kann leben.

Auf den Frankfurter Zweizeiler einsehend, sagte Genosse Ebert, daß er reaktionäre Flügel — mit Schlange-Schöninsken an der Spitze — gesiegt habe.

Genosse Ebert schloß seine Rede mit dem Bekenntnis: Wir wollen nicht mehr Kommunisten und nicht mehr Sozialdemokraten sein, sondern Sozialisten im Geiste von Marx und Engels, Liebknecht und Bebel.

Sozialpolitische Fragen im Landtag

KPD und SPD für sofortige Reform der Sozialversicherung / Arbeitsverpflichtungsgesetz mit Abänderungsanträgen angenommen / Urlaubsfrage für 1947 gesetzlich geregelt

Der württembergisch-badische Landtag hat über die Sozialversicherung eine eingehende Debatte durchgeführt. Die Unterschiede in der Haltung der Parteien vor bereits im Sozialpolitischen Ausschuss gegenüber einer Reform der Sozialversicherung zum Ausdruck gekommen. Die KPD und SPD vertreten den Standpunkt einer sofortigen Durchführung der Reform, wie sie auch gemeinsam die Auffassung zum Ausdruck brachten, daß die Versicherung sich auf alle Personen, ungeachtet des Einkommens u. Berufes, erstrecken muß. Für die kommunistische Partei sprach unser Genosse Paul Schreck. Der „Mannheimer Morgen“ berichtet darüber: „Der Mannheimer Abgeordnete Schreck (KPD) vertrat am deutlichsten den Standpunkt der Linken des Hauses, indem er in klaren, von den Gesinnungsfreunden der Linken und teilweise auch von den Tribünenbesuchern beifällig aufgenommenen Äußerungen auf die Notwendigkeit einer sofortigen Neuregelung des Versicherungswesens hinwies und energisch die Forderung auf Beseitigung der Zersplitterung unseres größten sozialen Instrumentes stellte.“ Ebenso entschieden wandte sich Arbeitsminister Kohl (KPD) gegen die Verschleppungsakt, die von DVP und CDU gegenüber der Reform der Sozialversicherung verfolgt wird. Unser soziales Elend macht diese notwendig und kennzeichnet alle ihre Gegner als unverantwortlich. „Nur ein einheitlicher Versicherungskörper könne die allgemeine Volksfürsorge auf breiter Grundlage gewährleisten.“

Ausschuss Annahme gefunden. Zum § 3, nach dem zur Beseitigung dringender Notstände ursprünglich auf 6 Monate verpflichtet werden sollte, hatte die kommunistische Partei den Antrag gestellt, den Zeitraum auf 14 Tage zu beschränken. Der Zeitraum ist nunmehr auf 3 Monate festgelegt worden, nachdem die kommunistische Landtagsfraktion noch im Plenum des Landtages den Antrag gestellt hatte, einen Monat als äußerste Frist festzulegen.

Sehr wesentlich für die Arbeiterschaft ist die Entscheidung des Landtages zur Regelung der Urlaubsfrage für das Jahr 1947. Arbeitsminister Kohl hat dazu ein Urlaubsgesetz vorgelegt, das einen Mindesturlaub für alle über 18 Jahre alten Beschäftigten von 12 Tagen und für die unter 18 Jahre alten von 24 Tagen vorsieht. Den politisch Verfolgten gewährt das Gesetz weitere 6 Tage zusätzlichen Urlaub. Das Gesetz ist vom Landtag angenommen worden.

Legalisierung des Kompensationsgeschäftes

Keine Kontrolle durch Gewerkschaften und Betriebsräte gesichert

Gegen die Stimmen der kommunistischen Landtagsfraktion wurde in der letzten Sitzung des württembergisch-badischen Landtages ein Antrag der CDU angenommen, der einen wesentlichen Teil der Kompensationsgeschäfte des Unternehmens legalisiert. Kompensationsgeschäfte sollen unter Kontrolle auch dann freigegeben werden, wenn sie zur Aufrechterhaltung der Produktion unbedingt notwendig sind.

Die Kommunistische Partei hatte sich der Notwendigkeit nicht verschlossen, zu einer Regelung zu kommen, die das Funktionieren der Wirtschaft garantiert. Eine Freigabe des Kompensationshandels hält sie aber nur dann für gerechtfertigt, wenn den Gewerkschaften und Betriebsräten die notwendige Kontrollmöglichkeit eingeräumt wird. Da dies nicht der Fall war, stimmte sie sowohl im Ausschuss wie im Plenum gegen den Antrag der CDU. Bezeichnenderweise hatten sich die Vertreter der SPD gleichfalls im Ausschuss

für die Kontrolle durch die Gewerkschaften und Betriebsräte eingesetzt, aber im Plenum diese Forderung wieder fallen lassen.

Warum wir hungern!

Hollands Wirtschaft ist in Not. Seine Tulpen verwelken. Sein Spinat wandert auf den Misthaufen. An einem Tag waren es nicht weniger als 62 000 Kilo dieses Gemüses, die in den Markthallen von Loosduin keine Abnehmer fanden. 56 000 Bund Radieschen teilten das gleiche Schicksal. In die Mülltonnen von Venlo wurden an einem Tag 9700 kg Spinat geworfen. „Die Ausfuhr von Gemüse ist jedoch erst im Anfangsstadium. Es muß mit weiteren Vernichtungen gerechnet werden.“ Diesen appetitregenden Trost gibt das „Allgemeine Handelsblatt“ seinen Lesern.

„Der Spiegel“, Hannover. Für 124 Millionen Reichsmark Waren hat die Ostzone in die westlichen Zonen im ersten Halbjahr 1947 geliefert. Die Westzonen lieferten nur für 83,6 Millionen Reichsmark.

Veteran des Sozialismus

Genosse Schöpflin während seiner Rede auf der Mannheimer Kundgebung.



„Was wir in der Ostzone tun, das geschieht ausschließlich nach deutschen Interessen. Wir sind nicht russophil, frankophil oder anglophil; wir sind Deutsche und wollen unser Vaterland aufbauen!“

Aufnahme: Heinrich Lenz, Mannheim-Neustheim.

Gefährliche Klippen

Von Willy Grimm

Auf der Pariser Konferenz der Westmächte gab es ein böses Zauberswort: es hieß Deutschland! Wenn es fiel, verschwand wie mit einem Schlag der zur Schau gestellte Zweckoptimismus und verdunkelte sich der heiter erscheinende Himmel. Sofort war die Atmosphäre mit Spannung geladen, und es riß mehr als ein Gegensatz zwischen den versammelten Staaten auf. Da waren die kleinen Staaten, denen sich Italien anschoß, und die nur schlecht verhehlten, daß es sie verstimmt, entgegen ihrem Willen nicht längst zu Handelsbeziehungen mit Deutschland gekommen zu sein, was ihnen bereits in der Vergangenheit geschwiegen hätte, mit bestimmten Schwierigkeiten fertig zu werden. Schließlich kann ja die Gründung der „Benelux“ nur dann ihren vollen Sinn bekommen, wenn dies erreicht wird. Daß nunmehr dabei der Weg über die „Tributzahlung“ an den Marshall-Plan gegangen werden muß, ist für diese Staaten machtmäßig gesehen ein Zwang, dem man sich beugt, weil nun einmal kein anderer Ausweg bleibt.

Für Frankreich löste das Wort Deutschland das stets in der Vergangenheit gezeigte Mißtrauen auf. Neue aus. Es wäre jedoch falsch, zu verkennen, daß in dem Zeigen dieses Ressentiments Frankreich längst noch eine diplomatische Trumpfkarte sieht, die es gegenüber England und Amerika erfolgreich in der Frage der Ruhrkohle zur Zeit der Moskauer Konferenz ausgespielt hatte und die es wieder und wieder auf den Tisch legte, als Kompensationsobjekt, um wenigstens im Spiel zu bleiben. Scheinbar geschah dies auch diesmal nicht ohne Erfolg, denn die Fragen des Ruhrgebietes, der Erhöhung des deutschen Industrienniveaus, wie sie zwischen den USA und England bereits „geregelt“ erschienen, sind — wohlgernekt in Washington, nicht in Paris — aufgeschoben worden. England hatte es nicht leicht, das Bild der „Harmonie“ zu erhalten bei all den auseinanderstrebenden Tendenzen, die offenbar wurden, sobald auf der Pariser Konferenz über das Formale hinaus der Bereich wirklicher Interessen gestreift wurde.

Es nimmt sich seltsam aus, zu sehen, mit welcher Besorgnis Kreise in Deutschland, mit Unterschieden auch solche der Westmächte, darüber erfüllt sind, daß Deutschland den „Segnungen“ des Marshall-Planes nicht teilhaft werden könnte. Diese Sorgen sind unnötig wie die Beschwörungen überflüssig sind. Die Westzonen Deutschlands sind ein gravierender Bestandteil in den mit dem Marshall-Plan verfolgten Absichten der USA. Die Industrie Westdeutschlands, die Art ihrer zukünftigen Gestaltung und Einbeziehung in die Interessensphäre der USA — auch zum Leidwesen Englands — ist längst zum Faustpfand seiner europäischen Ziele geworden, die es mit dem Marshall-Plan zu verwirklichen sucht. Die Erkenntnis dieser Tatsache spiegelt sich in der Unruhe Frankreichs wider und löste dessen Anstrengungen aus, sich bei den Besprechungen über das Ruhrgebiet um jeden Preis einzuschalten. Frankreich hat dabei die Absicht ausgesprochen, die Roheisen- und Stahlproduktion von Deutschland weg in die Interessensphäre von sich selbst und „Benelux“ zu verlegen. Es hat dabei wenig Gehör gefunden und die geplante Ruhrkonferenz in Washington soll allein der Aushandlung der bestehenden Gegensätze zwischen den USA und England dienen.

Es zeigte sich damit aber auch, daß in dieser Ruhrkonferenz in Washington ein größeres Gewicht liegt, als der Pariser Konferenz, trotz der mit ihr verbundenen Stimmungs- und Propaganda, zuzubilligen war. Die Pariser Konferenz blieb die Versammlung von heute bereits abhängig und morgen noch mehr abhängigen Schuldner, die den Auftrag hatten, die Inventurlisten ihrer Konkursmasse anzufertigen. Risse und Gegensätze im notdürftig gezimmerten Westblock sind genügend sichtbar geworden, auch etwas die Stärke des Zwanges, wie er für diese Staaten im Marshall-Plan gegeben ist.

Die Einzelheiten des Marshall-Planes werden erst mit der Gestaltung des Problems Deutschland Gestalt gewinnen. Die Gegensätze gegenüber dem Problem Deutschlands waren bisher das Einzige,

was ihm im Konkreten etwas sichtbar werden ließ.

Es sind nicht nur die von Westeuropa aufziehenden Wolken, die den Marshall-Plan verdunkeln. In den USA heben sich selber Schwierigkeiten ab. Es ist mit dem amerikanischen Steuerzahler zu rechnen und noch dazu angesichts einer bevorstehenden Präsidentenwahl. Darum ist bis heute noch nicht ein Dollar zu seiner Verwirklichung zur Verfügung gestellt und wird der Kongreß der USA erst im Januar 1948 dazu Stellung nehmen. Darin liegt das deutlich ausgesprochene Eingeständnis, daß Klippen innerpolitischen Charakters bestehen. Die für den Marshall-Plan benötigten 20 bis 25 Milliarden Dollar muß der Steuerzahler in den USA aufbringen. Er soll also die Voraussetzungen des amerikanischen Kapital- und Warenexports finanzieren. Zu wessen Nutzen? Die Überlegung, wer allein daraus die realen Profite einzieht, dürfte nicht schwer und in den USA von der Masse des Volkes längst angestellt worden sein.

Bei den innerpolitischen Auseinandersetzungen um den Marshall-Plan fällt zwangsläufig manches Blatt des „noblen Hilfsangebotes“ an die Völker Europas. Präsident Truman erklärte unter anderem bei seinem Halbjahres-Wirtschaftsbericht vor dem amerikanischen Kongreß: „Die Vereinigten Staaten könnten mit ihren ungeheuren Produktionsmitteln, welche die Vorkriegskapazität weitgehend überschritten hätten, ihren eigenen Lebensstandard erhöhen, ihre Kapazität erweitern und bei allem noch für den Export produzieren. Wenn die fremden Nationen keine wertvolle Dollarhilfe erhielten, müßte man mit einem Rückgang der amerikanischen Exporte rechnen.“ Jenseits der Propaganda, ein Eingeständnis der wahren Motive aus wahrhaft beruflichem Munde.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man unterstellt, daß die USA sich selbst in ihrem Willen mit dem Marshall-Plan noch großen Schwierigkeiten gegenübersehen. Die Finanzierung des eigenen Absatzes stellt sie vor das Problem, daß mit der Gesundung Europas ja auch ein Konkurrenz auf dem Weltmarkt wieder stark wird. Wie man sich seiner im einzelnen erwehrt, darüber sind sie sich selbst noch nicht im klaren. Wesentlich aber ist für sie — und das ist die Bedingung des Marshall-Planes —, daß sich die Staaten, die die „Hilfe“ des Marshall-Planes beanspruchen, im voraus ihrer Souveränität begeben. Wenn die Opposition Frankreichs in der Frage der Ruhrkonferenz einen Sinn hatte, dann doch den, nicht bedingungslos in die völlige Abhängigkeit zu geraten. Hat Frankreich und haben die anderen Staaten noch genügend Handlungsfreiheit? Jedenfalls eines steht fest: Die aufsteigenden Schatten haben den Marshall-Plan und seine Gefahren deutlicher werden lassen, als das grelle Sonnenlicht, das ihn zunächst umgab, zu sehen erlaubte.

Als die östlichen Staaten Europas sich der Gnadensonne des Marshall-Planes entzogen hatten, wurde viel über „Zugzwang“ orakelt. Den Oststaaten sollte angeblich die Handlungsfreiheit fehlen. Wer inzwischen in Zugzwang geraten ist, das ist keine Frage mehr. Jetzt befürchtet man bereits, daß die Staaten des Marshall-Planes angesichts der lebendigen Gestaltung der Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Ostens, in Zeitverlust geraten sind und noch geraten könnten. Der amerikanische Oeltrust hat auf den Oelfeldern Rumänien mehr als nur Zeit verloren. Das geplante Chromkartell im Weltausmaß ist für das amerikanische Kapital gescheitert. Jugoslawien ist mit seinem Chrom nicht mit bei der Partie. Der Griff der „Bethlehem Steel“ nach den Skodawerken ist ein Griff ins Leere geblieben. Ungarn und Jugoslawien verfügen im Rahmen der Gestaltung ihrer eigenen Handelsbeziehungen über ihr Aluminium selbst. Die Rechnungen der Monopolisten sind im östlichen Teil Europas nicht aufzulegen und versprechen, nicht in allen Fällen in Westeuropa gelöst zu werden. In der Rechnung mit dem Marshall-Plan ist ein wesentliches Stück der nie aufgehenden Rechnung des Widerspruchs der kapitalistischen Wirtschaftsordnung enthalten. Dieser Widerspruch ist am stärksten bei dem Prototyp des imperialistischen Kapitalismus enthalten und das ist der USA.

AUS ALLER WELT

- Im Namen von 20 Millionen Nordafrikanern protestiert der Ausschuss für die Freiheit Nordafrikas gegen die Maßnahmen der Holländer in Indonesien und der Franzosen in Indochina, Nordafrika und Madagaskar.
- In Burma wurde die Regierung bei einem Überfall ermordet. Die burmesischen Kommunisten führten eine Kundgebung durch, in der sie die britischen Bürokraten und ihre Zöglinge für die Bluttat verantwortlich machten.
- In Madagaskar lassen umfangreiche französische Truppenverstärkungen auf unmittelbar bevorstehende militärische Operationen gegen die Aufständigen schließen.
- Keinen Beweis für das Vorhandensein einer internationalen Brigade in Griechenland hat die Untersuchungskommission der UN bringen können.
- 14 000 Hafenarbeiter streiken in Antwerpen und fordern bessere Arbeitsbedingungen.
- Auf 5 Millionen werden die Mitglieder der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Organisationen in Amerika von regierungsoffizieller Seite geschätzt.
- 21 Jahre saß ein Neger wegen angeblichen Mordes unschuldig im Gefängnis von Philadelphia. Bei seiner Entlassung erhielt er 50 Schilling und einen neuen Anzug (Vorwärts, 16. 7.).
- 30 000 Holländer protestierten in einer Massenversammlung der Kommunistischen Partei in Amsterdam gegen den Kolonialkrieg in Indonesien. Zahlreiche Amsterdamer Betriebe führten einen einmütigen Sitestreik durch. (Rhein-Nektar-Zeitung, 24. 7.)

Woran wir kranken!

Zwei Beispiele aus dem Bericht eines Ueberwachungsausschusses

Vor uns liegt ein Bericht des Ueberwachungsausschusses des Kreises Bruchsal. Er befaßt sich mit den Zuständen, die unsere allgemeine Krankheit gegenwärtig ausmachen. Es wird in ihm aber auch die Frage aufgeworfen, warum nichts geschieht. An Feststellungen über die Mißstände fehlt es nicht, aber die verantwortlichen Stellen hüllen sich in Stillschweigen.

Wir entnehmen dem Bericht zwei Beispiele, die typisch für die Zustände heute sind. Im ersten handelt es sich um die Kompensationsgeschäfte einer Herdfabrik. Es ist darüber folgendes ausgeführt: „Das Wirtschaftsamt kann monatlich nur eine ganz unbedeutende Zahl von Herden verteilen. Ein Mehrfaches dieser Zahl kommt illegal in den Handel. Es ist ein offenes Geheimnis, daß als Währung hier Zucker, Obst und Fette fungieren. Die Herdfabrik braucht zur Fabrikation kein dieser Produkte. Blech und Isoliermaterial aber, die sie wirklich braucht, wachsen weder in Oberhausen noch in Unterwiesheim. In Oberhausen dagegen „wächst“ Zucker (gestohlener).“

In dem Bericht heißt es dann weiter: „Es gibt nicht so viel Fabriken in Elektroherden in unserer Gegend, daß es unmöglich sein sollte, die gewohnheitsmäßige Schleichung in diesem Sektor an der Quelle zu stoppen.“

Unhaltbare Zustände auf der Hauptbezugsstelle Mannheim

Es häufen sich die Klagen über die Handlungsweise der Hauptbezugsstelle des Wirtschaftsamts Mannheim, deren Büro sich in K 5, Zimmer Nr. 10, befindet. Das Personal befleißigt sich dort nicht der geringsten Höflichkeit gegenüber den Antragstellern und besonders die vom Naziregime politisch Verfolgten sind sehr ungerne, schlechte und schlecht behandelte Gäste.

Besonders der Abteilungsleiter, ein gewisser Herr Gebert, überzieht mit souveräner Verschwendung die Vorschriften des Landeswirtschaftsamts, welche besagen, daß politisch Verfolgte im Rahmen des Möglichen zu bevorzugen sind.

Kommt da neulich ein früherer Stadtvordnehmer Mannheims, der wegen seiner hitlergegnereischen Haltung 10 Jahre seines Lebens in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des dritten Reiches zubrachte und der außerdem noch total ausgebombt ist. Er erkundigte sich nach seinem Bezugschein. Als er wieder vertrieben werden soll, geht er zum Abteilungsleiter und sagt ihm in unverblümter Weise die Meinung. Nun kann der

Gewichtsmanko bei Backwaren

In dem Bericht wird verlangt, daß die Gewerbepolizei die Gewichte der Backwaren kontrolliert. Backwaren müssen laut Gesetz in frischem Zustand volles Gewicht haben. Es gibt praktisch nur frische Ware. Das Gewichtsmanko beträgt in der Regel 10-20 Prozent. Der Ausschuss hat errechnet, daß das Untergewicht allein in der Stadt Bruchsal dem Bäckergewerbe monatlich einen Dispositions- und Manövrierverbestand von über 120 Zentnern Mehl verschafft. Rechnet man noch dazu, daß eine große Zahl von Bäckereien Fehlbestände aufweisen, so können diese Zustände in Zeiten einer ausgesprochenen Hungersnot nur als untragbar bezeichnet werden.

Was hat es mit dem Ablieferungsoll auf sich?

Beim Landesernährungsamt Karlsruhe fand kürzlich eine Besprechung mit den Städtevertretern statt. Unter anderem wurde dort ein bemerkenswertes Beispiel gegeben, was von dem festgesetzten Ablieferungsoll zu halten ist. So hat die Gemeinde Leutershausen ein Ablieferungsoll an Kirschen von 43,3 Zentner aufgelegt bekommen. Abgeliefert wurden aber 70 Zentner. Es wäre nun aber ein Irrtum, die Gemeinde deshalb zu loben, weil sie um eine erhebliche Prozentzahl ihr Ablieferungsoll überschritten hat, denn wie einwandfrei nachgewiesen wurde, sind tatsächlich 200 Zentner geerntet worden.

Seltsame Logik

Im Sozialdemokratischen „Volkswille“ Nr. 29 erschien ein Artikel „Konzentrationslager in der Ostzone“. Darin werden „13 KZ-Lager“ aufgezählt. Groß wird dabei verkündet, daß die SED-Leitung nicht mehr in der Lage ist, diese Tatsache zu bestreiten.

Für einen Menschen, der seine fünf Sinne beieinander hat, ist auch aus der sozialdemokratischen Zeitung zu entnehmen, daß es sich um Gefangenenerlager der sowjetischen Besatzungsmacht handelt. Unseres Wissens hat jede Besatzungsmacht in ihrer Zone Gefangenenerlager.

Aber in der russischen Zone sind es „KZ-Lager“. Was sind es in der englischen, amerikanischen oder französischen Zone? Wir für unseren Teil lehnen die Geschmacklosigkeit ab, in dieser Sphäre Agitation und Hetze zu treiben. Billiger Hetze zu liebe eine politische Irreführung durchzuführen, müssen wir uns versagen, auch wenn wir sie täglich im Kampf gegen uns selber erfahren.

Ende einer Propagandalüge

Auf der dritten Tagung der Deutschen Friedensgesellschaft in Flensburg erklärte Pastor Schröder, daß das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ im Herbst aufgelöst worden sei. Pastor Schröder, der als Divisionspfarrer der 371. Division bei Stalingrad in sowjetische Gefangenenslager geraten war, schilderte den Untergang der ehemaligen Armee. Unter dem Kennwort „Deutschland muß durch Deutschland befreit werden“ sei später dann das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ entstanden.

Alle Gerichte, wonach die deutschen ehemaligen Generale Paulus und Seydlitz an der Spitze einer deutschen Armee in der Sowjetunion stehen oder einen politischen Führungsstab ausgebildet hätten, bezeichnete Pastor Schröder als unwahr. Ebenso wurde eine Schulung von Angehörigen der Roten Armee durch Offiziere der Stalingerarmee von Pastor Schröder in Abrede gestellt.

Unter der Lupe

Mannheim

Werden Privatpatienten bevorzugt?

Wer krank ist, geht zum Arzt. Dieser verschreibt, wenn notwendig, Krankenzulage. Der Antrag auf Krankenzulage geht an das Wirtschaftsamt, welches demselben stattgibt, wenn nicht durch die Krankenkasse eine vorhergehende Kontrolle angeordnet wird. In diesem Falle wird der Antrag auf Lebensmittelpapier vom Kontrollrat geprüft.

Wir wollen nicht die Notwendigkeit einer solchen Kontrolle in Abrede stellen, aber es besteht begründeter Verdacht, daß die Kassenpatienten gegenüber den Privatpatienten benachteiligt werden. Die Privatpatienten sind meistens arme, einfache Leute, die nicht versicherungspflichtig sind und Geld genau haben, sich bei Privatärzten behandeln zu lassen.

Wir fragen die Mannheimer Ärzte: Stimmt es, daß bei der Ueberprüfung der Anträge auf Krankenzulage, die Anträge der Ärzte, welche Privatpatienten haben, weniger zur Kontrolle herangezogen werden, als die Anträge der Kassenärzte?

Die große Masse der Arbeitnehmer, welche von der Krankenkasse betreut werden, haben ein berechtigtes Interesse an einer Aufklärung über diese Frage. Auch die Betriebsräte und Gewerkschaften sollten einmal eine Nachprüfung dieser Verhältnisse verlangen.

Brühl

Auch ein demokratischer Bürgermeister

In Brühl mußte eine Familie im Freien kampieren, weil Bürgermeister Keller, CDU, absolut darauf bestand, diese Familie in einer Wohnung von politisch Verfolgten unterzubringen. Diese Wohnung war in größter Spannung auf die kommenden Spruchkammerverhandlungen und erwartet, daß reiner Tisch gemacht wird. Wir behalten uns vor, die Amtsführung des Bürgermeisters noch eingehender zu beleuchten.

Diese Handlungsweise veranlaßt den kommunistischen Gemeinderat und die

die seit 1920 Zentralorgan der französischen Kommunistischen Partei ist. Er war kein konsequenter Marxist im strengen Sinne des Wortes, aber sein ganzes Leben war ein stetes Aufopfern im Kampf um die Erhaltung des Friedens in Wort und Schrift versuchte er unerbittlich, die Völker Europas und besonders die Arbeiterschaft zur gemeinsamen Aktion gegen die imperialistischen Kriegstreiber aufzurufen.

In den letzten Julitagen des Jahres 1914, in deren Auftrage setzte die feige Ermordung durch den Franzosen Raoul Villain dem unermüdlichen Kämpfer Jean Jaures ein jähes Ende. Die große Erschütterung durch seinen Tod wurde verdrängt von der Erschütterung des hereinbrechenden Krieges. Die Menschheit wurde mit Panzern, Trompeten und Kanonendonner beaufschlagt. Alles wurde überboten von dem Brausen des Sturmes.

Aber seine Worte leben fort und sollen uns heute nach den Wirrnissen der vergangenen 2 Jahre nicht nur leere Worte bleiben, sondern Leitstern für unser Handeln werden.

Wort Jean Jaures

„Es kommt ein Tag, und alles deutet darauf hin, daß er nahe ist, wo die Menschheit so weit organisiert, so weit

Um das Brot

Bauernfragen vor dem Landtag

Klägliche Bilanz des Siedlungsgesetzes

Im Landtag beantwortete Landwirtschaftsminister Stooß eine Anfrage der kommunistischen Fraktion über die Durchführung des Siedlungsgesetzes. Dabei ergab sich, daß ganze 40 Stedler bis heute auf ehemaligen Wehrmachtsgelände als Pächter mit 5-8 ha Boden angesetzt worden sind. Ein Teil der Flüchtlingfamilien haben 200-300 qm große Pachtgärten erhalten.

Dies ist das Ergebnis des Siedlungsgesetzes, das seit 1945 beraten und seit Ende 1946 in Kraft getreten ist. Der Großgrundbesitz wurde so gut wie nicht angetastet. Statt Enteignung der feudalen Junker, Heranziehung der Bauern zur Landabgabe.

Darüber hinaus sind die Großgrundbesitzer vielerorts durch die Flucht von Pächtern und kleine Bauern vom Grund und Boden zu verjagen und ihnen ihre Existenz zu nehmen. Wir erinnern an Baron v. Racknitz, Graf v. Oberndorf, Freiherr v. Göler, Gräfin Wieser u. a.

Nun sind neue Richtlinien der amerikanischen Regierung an General Clay ergangen, die u. a. besagen, daß die Bodenreform bis Ende 1947 durchgeführt und abgeschlossen werden soll. Wenn diese Richtlinien, die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Konferenz von Potsdam stehen, nicht auf dem Papier bleiben sollen, dann ist es jetzt an der Zeit, entsprechende Gesetzesbestimmungen auszuarbeiten. Das Siedlungsgesetz ist am allerwenigsten geeignet für diesen Zweck. Die kommunistische Fraktion im Landtag entspreche den Entwurf für eine Bodenreform vorlegen.

Tagung der Bauernverbände

Am 19. und 20. Juni tagten die Bauernverbände der Westzonen in München. Vier Entschlüsse wurden angenommen.

Zur Ablieferung wird vorgebracht, daß diese entsprechend der landwirtschaftlichen Nutzfläche festgelegt wird. „Die Steigerung der Erzeugung und die Ablieferung der Mehrerzeugung sind durch Zuteilung von zusätzlichen Betriebsmitteln zu fördern.“ so heißt es weiter. Damit wird die Zweckmäßigkeit des in der Ostzone bestehenden Ablieferungssystems (Festlegung des Ablieferungsolls auf Grund der Anbaufläche) zugegeben.

Dossenheim

Herr Paul Meyer von der Firma Degussa, der Freizeithausbesitzer, Gewerkschaftsvertreter aus seiner Wohnung herauszuwerfen, mußte einmal näher unter die Lupe genommen werden. Seine Wohnung ist regelmäßig von einem kommunistischen Agenten besucht. Er wohnt in Heidelberg, was angesichts der Wohnnot eigentlich untragbar ist. Dieser Nützler des Reiches schafft regelmäßig Obst und Gemüse aus Dossenheim nach Heidelberg. Ist er etwa Obst- und Gemüsehändler geworden, und wer hat ihm die Genehmigung dazu gegeben? Wir sind der Meinung, daß man solchen belasteten Nazis etwas besser auf die Finger sehen müßte.

Fiebingen

Ein Naziparadies

Fiebingen scheint nach wie vor ein Naziparadies zu sein, dessen Führer, der Bürgermeister Haag, zusammen mit 3 anderen Personen dort herrscht und sich nicht um die demokratischen Rechte seiner Mitmenschen kümmert.

Sebat der Gemeinderat wurde so eingeschüchelt, daß es zu dem Ausspruch gekommen ist: „Wir können ja beschließen was wir wollen, Haag tut doch was er will.“ Haag soll auch gesagt haben, daß er Kristallenerbsen aufhört, läßt er Verhaftungen vornehmen.

Der Vorstand der Spruchkammer in Bretten kam zu der Feststellung, daß in Fiebingen noch einige Erbeulben seien, die aber noch aufgetrocknet werden. Die Rückbildung ist in größter Spannung auf die kommenden Spruchkammerverhandlungen und erwartet, daß reiner Tisch gemacht wird. Wir behalten uns vor, die Amtsführung des Bürgermeisters noch eingehender zu beleuchten.

Herrin ihrer selbst ist, daß sie mit dem Verstande, durch Verhandlung und Recht die Konflikte ihrer Gruppierungen und Kräfte lösen kann.

Und der Krieg, gräßlich und groß, soziale er notwendig war, ist sicher und und ruhmlos, wenn er stürzt, nutzlos zu erscheinen. Allzulange sind die menschlichen Friedens- und Einigkeitstendenzen nur ein illusorisches Licht gewesen, das die dauernden Schlichtereien ironisch befeuchtete.

Erinnern Sie sich des wunderbaren Gedächtnisses, das uns Vergiß über den Fall Trojas hinterlassen hat? Es ist Nacht: Die überraschte Stadt ist dem Schwert und dem Feuer, dem Mord, dem Brand die Konflikte ihrer Gruppierungen und Kräfte lösen kann.

Wer bezahlt den Schaden durch Schwarzwild

Zum Setzzeitpunkt über die vorläufige Regelung der Jagd hat die kommunistische Fraktion im württembergisch-badischen Landtag einen Änderungsantrag eingebracht. Dieser besagt: „Der Staat übernimmt die Haftung für Schwarzwildschäden für die Zeit, in der die Pächter an der Jagdausbildung verhindert sind.“ Nur die kommunistische Fraktion stimmte dafür, daß die Haftung für Schwarzwildschäden der Staat übernimmt. Nach der neuen Regelung müssen diese Schäden die Gemeinden, d. h. also die Bauern selbst tragen.

Neue Regelung der Pachtverhältnisse

Pachtverträge, die vor 1945 abgeschlossen wurden, laufen spätestens mit dem 31. März 1948 ab. Im Rahmen des Gesetzes schließen die Gemeinden neue Pachtverträge mit den Pächtern ab. Dieser kommunistische Antrag wurde ebenfalls mit großer Mehrheit gegen einen Teil der CDU-Fraktion angenommen. Nimmere ist es möglich, Ungerechtigkeiten bei der Verpachtung von Gemeinland zu beseitigen. Bekanntlich haben aktive Nazis ihren Einfluß und ihre Beziehungen zum Nazipartei ausgenutzt, um sich die besten Grundstücke zu sichern. Die Gemeinden sind jetzt in der Lage, eine gerechte Verteilung des Pachtlandes vorzunehmen.

Im Wochenblatt der Sozialdemokratie für Württemberg-Baden „Volkswille“ lesen wir: „In der hitzigen Debatte hatte man mehrmals den Eindruck, in der Fraktionssitzung der CDU zu sein, die sich in dieser Frage (gemeint ist die Zulassung des Hybridens) nicht einig werden konnte und auch bei der Abstimmung auseinanderfiel.“

Dazu stellen wir fest, daß mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion alle Parteien im Landtag bei der Abstimmung über die Zulassung der Hybridensreife auseinandergefallen sind. Auch die Sozialdemokratie.

Immer noch eine Familie 25 Zimmer

Am 5. Juni haben wir die Tatsache angeprangert, daß Graf Oberndorf in Neckarhausen mit seiner Familie über 25 Räume bewohnt. In der Zwischenzeit haben sich verschiedene Ämter mit dieser Angelegenheit befaßt, jedoch der Amtschimmel rettet etwas langsam und so ist bisher noch keine Änderung eingetreten. Nach wie vor erfreut sich die Familie des Grafen ihrer ausgezeichneten Wohnmöglichkeiten. Wenn man z. B. bedenkt, daß die zum Teil noch minderjährigen Kinder jeweils 2 Räume zur Verfügung haben, einen Wohnraum und einen Schlafraum, während andererseits Flüchtlinge in Massenquartieren untergebracht sind, dann müßte das allein schon Anlaß sein, sofort hier Abhilfe und Änderung zu schaffen.

Wie wir hören, hat sich auch der Kreisrat mit der Sache befaßt, und es ist zu hoffen, daß endlich eingegriffen wird.

Revision eingelegt

Gegen das ungeheuerliche Fehlurteil im Prozeß Faulhaber wurde vom Angeklagten Revision eingelegt. Es war bezeichnend, daß der Oberstaatsanwalt Well in die Voruntersuchung höchst persönlich durch Zeugenvernehmung eingegriffen hat. Dies ist zum mindesten ungewöhnlich. Man fragt sich, hatte der Oberstaatsanwalt ein besonderes Interesse daran, diesen Antifaschisten, der seine unadelige Haltung während der Nazizeit einwandfrei unter Beweis stellen konnte, zu bringen? Hoffentlich schafft die Zukunft hier volle Aufklärung.

Wurde in den Mannheimer Gefängnissen geschlagen

Während des Prozesses Faulhaber behauptete der Oberstaatsanwalt, daß mit Ausnahme von zwei Fällen (Rickel und Faulhaber) in den Mannheimer Gefängnissen keine Mißhandlungen von Gefangenen vorgekommen seien. Vier vom Staatsanwalt selbst herbeizitierte Belastungszeugen haben demgegenüber erklärt, daß in den

Manheimer Gefängnissen dauernd geschlagen wurde. Gegen den Angeklagten Faulhaber jedoch konnten sie nichts Nachtelliges aussagen. Vielmehr äußern sich die zahlreichen Gefangenen, die während der Nazizeit das Schloß und das Landesgefängnis bevölkerten, einmal zu den Behauptungen des Staatsanwaltes.

Ehemalige Gefangene legen Zeugnis ab

Eine politisch und rassistisch verfolgte Frau aus Weinheim schilderte uns in einem Brief in eindrucksvoller und erschütternder Weise, wie Faulhaber während seiner Dienstzeit den gefangenen Frauen beigestanden ist, um ihnen geholfen hat, wo es ihm möglich war. Zahlreiche andere ehemalige Gefangene werden, davon ist uns überzeugt, dem gleiche bestätigen können. Wir richten nochmals d. Appell an alle, die Faulhaber aus ihr Hatzzeit her kennen, im Interesse d. Gerechtigkeit Zeugnis abzulegen u. uns zu schreiben.

Mut

Verflucht wäre die Menschheit, wenn sie, um Mut zu beweisen, verurteilt wäre, ewig Kriege zu führen.

Es gehört kein Mut dazu, der Welt ständig mit Krieg zu drohen. Es ist auch kein Mut, der Gewalt die Lösung von Konflikten anheimzugeben, welche die Vernunft lösen kann; denn Mut bedeutet Erhöhung des Menschen, das aber wäre seine Erniedrigung. Mutig ist, wer die physischen und moralischen Prüfungen, die das Leben mit sich bringt, ohne zu wanken, besteht. Mutig ist, wer seinen Willen nicht dem zufälligen Spiel der Eindrücke und Kräfte ausliefern und niemals mitleidig wird, zu schaffen und zu arbeiten. Mut beweist ferner, wer einen Beruf ergreift und sich bemüht, das Beste darin zu leisten; wer auch vor dem monoton erscheinenden Kleinarbeit nicht zurückschreckt und alles daransetzt, die berufliche Technik so gut wie möglich zu beherrschen; wer das Gesetz der spezialisierten Arbeit, die Grundbedingung jeder nützlichen Handlung, anerkennt und dabei aber den Blick für die größeren Zusammenhänge nicht verliert. Der Mutige, gleich welchen Berufs, ist beides zugleich: Praktiker und Theoretiker. Mutig sein, das heißt, seinen eigenen Lebensweg begreifen, ihn prüfen, vertiefen und in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Leben verwirklichen.“

Gedenktage DER WOCHE

- 30. 7. 1836 Georg Weerth, proletar. Dichter, in Havana gestorben.
- 31. 7. 1919 Annahme der Weimarer Verfassung.
- 1914 Ermordung des Sozialistenführers Jean Jaures in Paris.
- 1886 Franz Liszt, Komponist, gestorben.
- 1. 8. 1933 August Lüttjens, Arbeiterführer, hingerichtet.
- 1917 Sturz der Räteregierung in Ungarn.
- 1917 Deutsche Matrosen meutern in Wilhelmshaven.
- 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Rußland, Beginn des ersten imperialistischen Weltkrieges.
- 1914 Abschluß der Berliner Dreimächtekonferenz.
- 3. 8. 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich.
- 4. 8. 1914 Reichstag bewilligt einstimmig die ersten Kriegskredite.
- 1789 Aufhebung der Feudalrechte in Frankreich, Proklamierung der Menschenrechte.
- 5. 8. 1943 Ursula Goetze, Studentin, wegen antifaschistischer Aufklärung hingerichtet.
- Adam Kuckhoff, antifaschistischer Schriftsteller, hingerichtet.
- 1885 Friedrich Engels in London gestorben.
- 1890 Arbeiter-Sportverein „Fichte“ von 12 Berliner Arbeitern gegründet.

es ab, daß die Junker, welche nur großen Gewinn aus ihrem Grundbesitz beziehen, ohne selbst darauf zu arbeiten, enteignet werden. Mit dieser letzten Entschlußung dürfte wohl die Mehrzahl der Bauern nicht einverstanden sein. Wir erinnern an den Beschluß der Bauern in Mosbach, der 25 Räume bewohnt. In die Liste gehören der ihn bearbeitet. Wir erinnern an den Beschluß der Bauern in Hemsbach, die es ablehnen, daß den Bauern Land weggenommen wird und die ganz richtig verlangen, „Enteignung des Großgrundbesitzes“. Es liegt an den Bauern selbst, in freier Wahl solche Männer an die Spitze ihrer Organisation zu berufen, die die wirklichen Interessen der Bauern und nicht die Interessen der Junker vertreten.

SPD und Hybridengesetz

Im Wochenblatt der Sozialdemokratie für Württemberg-Baden „Volkswille“ lesen wir: „In der hitzigen Debatte hatte man mehrmals den Eindruck, in der Fraktionssitzung der CDU zu sein, die sich in dieser Frage (gemeint ist die Zulassung des Hybridens) nicht einig werden konnte und auch bei der Abstimmung auseinanderfiel.“

Dazu stellen wir fest, daß mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion alle Parteien im Landtag bei der Abstimmung über die Zulassung der Hybridensreife auseinandergefallen sind. Auch die Sozialdemokratie.

Immer noch eine Familie 25 Zimmer

Am 5. Juni haben wir die Tatsache angeprangert, daß Graf Oberndorf in Neckarhausen mit seiner Familie über 25 Räume bewohnt. In der Zwischenzeit haben sich verschiedene Ämter mit dieser Angelegenheit befaßt, jedoch der Amtschimmel rettet etwas langsam und so ist bisher noch keine Änderung eingetreten. Nach wie vor erfreut sich die Familie des Grafen ihrer ausgezeichneten Wohnmöglichkeiten. Wenn man z. B. bedenkt, daß die zum Teil noch minderjährigen Kinder jeweils 2 Räume zur Verfügung haben, einen Wohnraum und einen Schlafraum, während andererseits Flüchtlinge in Massenquartieren untergebracht sind, dann müßte das allein schon Anlaß sein, sofort hier Abhilfe und Änderung zu schaffen.

Wie wir hören, hat sich auch der Kreisrat mit der Sache befaßt, und es ist zu hoffen, daß endlich eingegriffen wird.

Revision eingelegt

Gegen das ungeheuerliche Fehlurteil im Prozeß Faulhaber wurde vom Angeklagten Revision eingelegt. Es war bezeichnend, daß der Oberstaatsanwalt Well in die Voruntersuchung höchst persönlich durch Zeugenvernehmung eingegriffen hat. Dies ist zum mindesten ungewöhnlich. Man fragt sich, hatte der Oberstaatsanwalt ein besonderes Interesse daran, diesen Antifaschisten, der seine unadelige Haltung während der Nazizeit einwandfrei unter Beweis stellen konnte, zu bringen? Hoffentlich schafft die Zukunft hier volle Aufklärung.

Wurde in den Mannheimer Gefängnissen geschlagen

Während des Prozesses Faulhaber behauptete der Oberstaatsanwalt, daß mit Ausnahme von zwei Fällen (Rickel und Faulhaber) in den Mannheimer Gefängnissen keine Mißhandlungen von Gefangenen vorgekommen seien. Vier vom Staatsanwalt selbst herbeizitierte Belastungszeugen haben demgegenüber erklärt, daß in den

Manheimer Gefängnissen dauernd geschlagen wurde. Gegen den Angeklagten Faulhaber jedoch konnten sie nichts Nachtelliges aussagen. Vielmehr äußern sich die zahlreichen Gefangenen, die während der Nazizeit das Schloß und das Landesgefängnis bevölkerten, einmal zu den Behauptungen des Staatsanwaltes.

Ehemalige Gefangene legen Zeugnis ab

Eine politisch und rassistisch verfolgte Frau aus Weinheim schilderte uns in einem Brief in eindrucksvoller und erschütternder Weise, wie Faulhaber während seiner Dienstzeit den gefangenen Frauen beigestanden ist, um ihnen geholfen hat, wo es ihm möglich war. Zahlreiche andere ehemalige Gefangene werden, davon ist uns überzeugt, dem gleiche bestätigen können. Wir richten nochmals d. Appell an alle, die Faulhaber aus ihr Hatzzeit her kennen, im Interesse d. Gerechtigkeit Zeugnis abzulegen u. uns zu schreiben.

Mut

Verflucht wäre die Menschheit, wenn sie, um Mut zu beweisen, verurteilt wäre, ewig Kriege zu führen.

Es gehört kein Mut dazu, der Welt ständig mit Krieg zu drohen. Es ist auch kein Mut, der Gewalt die Lösung von Konflikten anheimzugeben, welche die Vernunft lösen kann; denn Mut bedeutet Erhöhung des Menschen, das aber wäre seine Erniedrigung. Mutig ist, wer die physischen und moralischen Prüfungen, die das Leben mit sich bringt, ohne zu wanken, besteht. Mutig ist, wer seinen Willen nicht dem zufälligen Spiel der Eindrücke und Kräfte ausliefern und niemals mitleidig wird, zu schaffen und zu arbeiten. Mut beweist ferner, wer einen Beruf ergreift und sich bemüht, das Beste darin zu leisten; wer auch vor dem monoton erscheinenden Kleinarbeit nicht zurückschreckt und alles daransetzt, die berufliche Technik so gut wie möglich zu beherrschen; wer das Gesetz der spezialisierten Arbeit, die Grundbedingung jeder nützlichen Handlung, anerkennt und dabei aber den Blick für die größeren Zusammenhänge nicht verliert. Der Mutige, gleich welchen Berufs, ist beides zugleich: Praktiker und Theoretiker. Mutig sein, das heißt, seinen eigenen Lebensweg begreifen, ihn prüfen, vertiefen und in Uebereinstimmung mit dem allgemeinen Leben verwirklichen.“

Aus Karlsruhe:

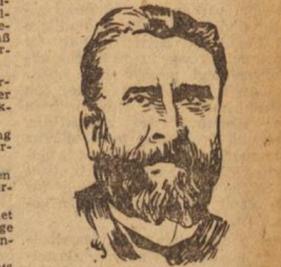
Seltene Sauberkeitsbegriffe

Unweit von Karlsruhe-Durlach befindet sich die staatliche Landwirtschaftsschule Augustenberg. Dort amtierte bis Späthjahr 1945 der Obernazist Hauk als Leiter der staatlichen Landwirtschaftsschule. Seine Schiebeteile waren weitläufig bekannt und man entschloß sich endlich, den Nazikaktivisten zu ersetzen. Sein Nachfolger, der ehemalige Oberlehrer Stöckle, sollte Ordnung schaffen. Aber weit gefehlt. Der Mann der Sauberkeit entpuppte sich ebenfalls als Dieb und Schieber. Bei einer Vernehmung durch Beamte des Innenministeriums und der Gewerkschaft mußte Stöckle zugeben, zweieinhalb Zentner Weizen verschoben zu haben, die bei einer Kontrolle in der Ruppurrer Mühle festgestellt wurden.

Deutschland Rundschau

- 2854 Verfahren gegen SS-Mitglieder in der amerikanischen Zone sind bis Ende Mai 1947 gänzlich eingeleitet worden. 18 wurden als Hauptschuldige und 1153 als Mittäter eingestuft.
- 5335 Kraftfahrzeuge wurden in der britischen Zone im ersten halben Jahr 1947 hergestellt, gegenüber 10 283 Kraftfahrzeugen in derselben Zeit des Vorjahres.
- Gegen den freien Nachrichten- und Zeitungsaustausch zwischen den einzelnen Zonen wendet sich der Vorstand der SPD.
- Ein Wagen amerikanisches Weismehl, der für Buchen bestimmt war, kam beschlagnahmt und zum Teil seines Inhalts beraubt in Mannheim an.
- Die Betriebsräte zweier Nürnberger Werke erhielten eine Rüge vom amerikanischen Arbeitsoffizier, weil sie ohne Zustimmung der Gewerkschaften zu einem Proteststreik aufgerufen hatten.
- Die Bewilligung von 10 Millionen Tonnen Kohlen für die Hausbrandversorgung hat die US- und britische Militärregierung abgelehnt. Es sei möglich, durch Braunkohlenbrücke und Holz die Hausbrandversorgung sicherzustellen.
- Hohe Gewinne durch den Marshall-Plan versprechen sich die Großindustriellen. Die Aktienpapiere von Industrieunternehmen sind so gesucht, daß erhebliche Kurssteigerungen an den Börsen eingetreten sind.
- Für Ablieferung von 100 kg Obst erhalten die Ablieferer 3 kg Zucker in der Ostzone. Bei Beerenobst wird 4,5 kg Zucker gegeben.
- Für alle Kinder sind laut Feststellung der Schülerversicherung Wuppertal unterernährt.
- 150 000 Kinder der Sowjetzone werden durch die Volkssolidarität zu einem vierwöchigen Ferienaufenthalt vermittelt.
- Für ihre vollbesetzte Tabakindustrie findet die südbadische Tabakindustrie infolge der Schwierigkeiten beim Interzonenhandel keinen Absatz.
- 2,5 Millionen Tonnen Stahl wurden 1946 statt 5,4 Millionen Tonnen, wie im Potsdamer Abkommen vorgesehen, erzeugt.
- 3 Zentner Kartoffel hat Dr. Dietrich der deutschen Bevölkerung für 1947-1948 Versprochen.

Für den Frieden der Menschheit



Jean Jaures (1859-1914) war einer der bekanntesten französischen Sozialisten, der den opportunistischen Flügel der französischen Sozialisten führte. Er ist der Begründer der Zeitung „L'Humanité“.